

Anfrage

der Abg. Klubvorsitzenden Wanner und Ganitzer an die Landesregierung betreffend
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Land- und Forstwirtschaft

In der COVID-19-Krise zeigte sich einmal mehr die Wichtigkeit einzelner Arbeitsbereiche, die oftmals mit dem Wort „Systemrelevant“ beschrieben wurden und denen in den Pressekonferenzen blumig gedankt wurde. Die Menschen, die in diesen Bereichen arbeiten, wurden als Heldinnen/Helden bezeichnet, ohne bisher jedoch wirklich jene Anerkennung zu bekommen, die ihnen auch zusteht. Einer dieser Bereiche ist die Erntearbeit, die für die landwirtschaftlichen Betriebe zentral ist, um ihre Produkte überhaupt vom Feld in den Handel zu bekommen. Immer wieder treten bei landwirtschaftlichen Betrieben, die Erntearbeiterinnen/Erntearbeiter beschäftigen, arbeitsrechtlich schwer bedenkliche Umstände bzw. illegale, ausbeuterische Praktiken ans Tageslicht.

Mit einem Interview in der „Zeit im Bild“ am 16. Juni 2020 hat eine rumänische Erntearbeiterin Missstände ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Sie und ihre Kolleginnen/Kollegen, die seit Ende April als Erntearbeiterinnen und Erntearbeiter in einem Spargelbetrieb in Manssdorf/Niederösterreich gearbeitet hatten, hätten für vier Euro Stundenlohn bis zu 14 Stunden am Tag, an sechs bis sieben Tagen in der Woche arbeiten müssen und seien teils zu acht in einem schimmigen, desolaten Zimmer untergebracht gewesen. Wenige Tage später wurde das betreffende Quartier behördlich gesperrt.

Das Tiroler Unternehmen „Immoservice24“ bietet seit Jahren seine Dienste als Arbeitskräfteüberlasser für Hotellerie und Gastronomie an. Seit Jahren gibt es gegen dieses Unternehmen Beschwerden, vor allem die Entlohnung der Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer betreffend. Als nun wegen der COVID-19-Krise der Tiroler Tourismus zum Stillstand kam, sattelte dieser Betrieb kurzerhand um und bietet seither seine Dienste im Bereich der Erntehilfe an. Der ÖGB hat gegen das Unternehmen eine Sachverhaltsdarstellung wegen Verdachts auf Lohn- und Sozialdumping eingebracht.

Am 15. April 2020 wurde durch einen ORF-Bericht öffentlich bekannt, dass die Staatsanwaltschaft gegen einen oberösterreichischen Gemüseverarbeiter ermittelt. Es geht um den Verdacht der Freiheitsentziehung. So soll der Landwirt aus dem Bezirk Linz-Land seine Erntearbeiterinnen/Erntearbeiter aus Angst, sie könnten sich mit dem Corona Virus infizieren, über Nacht eingesperrt haben. Auch betreffend Arbeitszeit-Verletzungen laufen Erhebungen: Beschwerden zufolge mussten Arbeiterinnen/Arbeiter auf diesem Hof bis zu 72 Stunden pro Woche arbeiten. Weit mehr als die gesetzliche Normalarbeitszeit beträgt.

Diese drei Fälle stehen exemplarisch für strukturelle Probleme und eine mehr als nachlässige Kontrolle der Arbeitsbedingungen in dieser Branche: Unterentlohnung, unbezahlte Überstunden, keine und zu geringe Auszahlung der Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld etc.), Verstöße gegen Arbeitszeitregeln und unwürdige Quartiere sind weit verbreitet.

In den drei genannten und vielen anderen Fällen werden die Missstände erst durch mutige Erntearbeiterinnen/Erntearbeiter bekannt, die diese trotz ihrer prekären Lage bei einer Behörde melden, oder an Medien weitergeben.

Gewerkschaften, die Sezonieri-Kampagne, weitere NGOs und Aktivistinnen/Aktivisten, die gesetzlichen Interessensvertretungen der in der Landwirtschaft Beschäftigten und selbstverständlich auch jene landwirtschaftlichen Betriebe, die die gesetzlichen Bestimmungen einhalten oder gar übererfüllen, setzen sich für faire Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft ein. Um die Arbeitsbedingungen im Bereich der Erntearbeit zu verbessern, bedarf es umfassender Initiativen und Maßnahmen, aber auch des entscheidenden politischen Willens und Durchsetzungskraft gegenüber beharrlichen Kräften, die durch die herrschenden Umstände viel Geld verdienen, das sie unter Einhaltung menschenwürdiger Bedingungen für die Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer nicht verdienen würden.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten die

Anfrage:

1. Sind Ihnen weitere Missstände bekannt?
 - 1.1. Wenn ja, welche Schritte wurden von Ihnen gesetzt, um diese Missstände zu beenden?
 - 1.2. Wenn ja: Können Sie ausschließen, dass weitere ähnlich gelagerte Fälle in Salzburg stattfinden?
 - 1.3. Wenn ja: Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um solche Missstände in Zukunft abzustellen?
 - 1.4. Wenn ja: Werden Sie gemeinsam mit Interessensvertreterinnen/Interessensvertreter daran arbeiten, hier wirkungsvolle Mechanismen einzuführen, um entsprechenden Missständen vorzubeugen?
2. Sind Ihnen arbeitsrechtliche Missstände in landwirtschaftlichen Betrieben bekannt, an die über die Plattform www.dielebensmittelhelfer.at Erntearbeiterinnen/Erntearbeiter vermittelt wurden?
 - 2.1. Wenn ja, welche Schritte wurden von Ihnen gesetzt, um diese Missstände zu beenden?
3. Wie viele Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter in den Land- und Forstwirtschaftsinspektionen sind aktuell für die Kontrollen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe zuständig? Um Aufschlüsselung in Vollzeitäquivalenten wird gebeten.
4. Wie viele Betriebe unterliegen den Kontrollen der Land- und Forstwirtschaftsinspektionen? Um Aufschlüsselung nach Bezirken wird ersucht.

- 4.1. Wie viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind davon betroffen?
- 4.2. Wie viele familieneigene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind davon betroffen?
- 4.3. Wie viele selbständige Landwirtinnen und Landwirte sind davon betroffen?
5. Wie viele Betriebe mit wie vielen Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer wurden im 1. Halbjahr 2020 durch die Land- und Forstwirtschaftsinspektionen kontrolliert? Um Aufschlüsselung nach Bezirken wird ersucht.
6. Wie viele Verfehlungen wurden bei den Kontrollen vermerkt? Um Aufschlüsselung nach einzelnen Fällen wird ersucht.
7. Wie viele Strafen wurden aufgrund der Überprüfungen verhängt und wie viele wurden tatsächlich bezahlt?
8. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Betriebe, die sich durch Ausbeutung ihrer Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter bereichern, keine nationalen und keine EU-Fördermittel erhalten?
 - 8.1. Wenn nein: Wieso nicht?
 - 8.2. Wenn ja: Bis wann werden Sie hier eine Lösung präsentieren können?
9. Sind Sie mit der Kontrolldichte und Kontrolleffizienz im Bereich der Landwirtschaft zufrieden oder sollte diese erhöht werden?
10. Welche Maßnahmen haben Sie seit Ihrem Amtsantritt gesetzt, um die Arbeitsbedingungen für Erntearbeiterinnen/Erntearbeiter zu verbessern?
11. Welche Maßnahmen planen Sie in Zukunft, um die Arbeitsbedingungen für Erntearbeiterinnen/Erntearbeiter zu verbessern?
12. Planen Sie in Zukunft hinsichtlich der Unterbringungssituation für mehr Verantwortungsbewusstsein und Sensibilität auf Seiten der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber zu sorgen?
 - 12.1. Wenn ja: Wie?
 - 12.2. Wenn nein: Warum nicht?

13. Werden Sie dafür sorgen, dass im Bereich der Erntearbeit flächendeckende COVID-19-Testungen für die in diesem Bereich tätigen Menschen durchgesetzt werden?
 - 13.1. Wenn ja: Bis wann?
 - 13.2. Wenn nein: Warum nicht?
14. Wie viele Arbeitsunfälle haben im letzten Jahr
 - 14.1. im Bereich der Landwirtschaft und
 - 14.2. im Bereich der Forstwirtschaftstattgefunden?
15. Wie viele Arbeitsunfälle waren
 - 15.1. leicht,
 - 15.2. schwer und
 - 15.3. mit tödlichem Ausgang?
16. Wie viele ausländische Arbeitnehmer sind in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt?
17. Wie viele Überprüfungen der Wohnverhältnisse der Arbeitnehmer haben in der Land- und Forstwirtschaft stattgefunden? Wie war das Ergebnis?
18. Wurde anlässlich COVID-19 eine Überprüfung der Wohnverhältnisse von Erntearbeiterinnen und Erntearbeitern durch die Land- und Forstwirtschaftsinspektion bzw. durch die Gesundheitsbehörden durchgeführt?
19. Hat es seitens der Landwirtschaftskammer oder seitens des Landes im Zuge von COVID-19 Maßnahmen Anwerbeaktivitäten von nicht österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer innerhalb der Europäischen Union und außerhalb der Europäischen Union gegeben?
20. Wie viele Arbeitnehmer wurden durch diese Aktivitäten angeworben?

Salzburg, am 5. Oktober 2020

Wanner eh.

Ganitzer eh.